

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 7

Artikel: Die sowjetischen Parteikongresse
Autor: Revesz, Laszlo / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den in die Zentrale zurückberufen worden ist und dazu beitragen muss, bei der polnischen Bevölkerung das Vertrauen in den Westen zu erschüttern und das Misstrauen gegenüber den kommunistischen Machthabern zu überwinden. Wir haben es also mit einem Schwächezeichen der Machthaber in Polen zu tun, das diese mit geschickter Flucht nach vorn als nachrichtendienstliche Ueberlegenheit getarnt haben. ■

*

Red. ZB: Unser Korrespondent postuliert und begründet ein Interesse der gesamten polnischen Führung an der eigentlich unlogischen Aktion, einen noch völlig unentdeckten Spion aus seinem Wirkungsfeld herauszunehmen und der Öffentlichkeit vorzustellen. Dass ein solches Interesse des Regimes als solches besteht, scheint in der Tat plausibel, gerade aus den dargelegten Gründen. Daneben aber, teils in Ergänzung und teils in Konkurrenz dazu, ist wenigstens als Möglichkeit noch an ein weiteres Motiv zu denken: Das spezifische Interesse des polnischen Sicherheitsdienstes.

Wie der gesamte Repressionsapparat ist der Sicherheitsdienst samt seinen bekannteren Exponenten (auch wenn sie nicht namentlich gekennzeichnet werden) unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Mithilfe elicher Massenmedien in den letzten Monaten stark in die Defensive gedrängt worden. In internen Belangen muss er sich von einer sehr unbequemen Position aus rechtfertigen, sind doch Schiessbefehl und gewaltsame Unterdrückung der Unruhen von Gierak und seinen Getreuen ausdrücklich verurteilt worden. Da ist es einleuchtend, dass er sich auf dem Gebiet schadlos halten will, wo ihm angesichts der herrschenden Zustände niemand widersprechen darf, indem er auf seine Erfolge gegen den äusseren Feind hinweist. Gleichzeitig kann das als Warnung an alle, die es angeht, verstanden werden, von ganz unten bis ganz oben: «Wir sind es, die aktiv gegen den Imperialismus kämpfen; passt also lieber auf, bevor ihr uns desavouiert oder zulässt, dass uns die Leute desavouieren.»

Freilich kann das Alibi der Aktion gegen RFE zur gleichen Zeit grundsätzlich der ganzen Führung willkommen sein («Seht an, Genossen in Moskau, wir vernachlässigen unsere internationalistischen Pflichten im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind keineswegs»), aber dass das Verdienst an diesem zum Schulbeispiel emporstilisierten Sieg so einseitig und so eindeutig just jener Machtgruppe zufällt, die sich gegen die neuen Tendenzen stemmt und sie so rasch wie möglich abzuwürgen gedenkt, dürfte deren Befürwortern in der Parteispitze vermutlich keine ungetrübte Freude machen.

Das alles ist interpretatorischer Zusatz, der keine Ausschliesslichkeit beansprucht und nicht überbewertet werden soll. Aber wie die Dinge in Polen heute liegen, ist nicht nur das gemeinsame Interesse der Führung zu berücksichtigen, sondern auch das differenzierte Interesse ihrer unterschiedlichen und potentiell verfeindeten Gruppierungen.

Von alledem einmal völlig abgesehen, ist der Anlass übrigens geeignet, die grundsätzliche Funktion von Radio Freies Europa so gut wie von Radio Liberty und solchen Institutionen überhaupt in Erinnerung zu rufen. Sie alle pflegen

das, was als freier Informations- und Meinungs-austausch eine internationale Selbstverständlichkeit sein sollte. Ihre Tätigkeit würde sich von dem Moment an erübrigen, da die Regimes in den von den Sendungen anvisierten Ländern aufhören würden, ihrer Bevölkerung systematisch alle Informationen vorzuenthalten, die ihnen nicht passen. Ebenso würde sich die heimliche Informationsbeschaffung dieser Sender via Informanten erübrigen, wenn die Information in den betreffenden Ländern frei zugänglich wäre. Die Existenz solcher Sender macht bloss die diesbezügliche Repression in den kommunistisch regierten Ländern sichtbar.

Man macht bei uns einiges Aufheben über Spionage und Propaganda jener Institutionen, die

man aus Gründen der Entspannung und des Entgegenkommens gerne aufheben würde. Es wäre an der Zeit, sich einmal darüber Gedanken zu machen, wohin man kommt, wenn man die Beschaffung von Informationen (wie z.B. über Löhne und Preise, über Streiks und Manifestationen), die im Westen nur im Falle von faschistischen Regimes der Öffentlichkeit vorenthalten werden, als Spionage bezeichnet und ihre Bekanntgabe, auf welche die Öffentlichkeit ein Anrecht hat, sofern sie nicht faschistisch bevormundet wird, als Propaganda. Wer für die Aufhebung von Radio Freies Europa und Radio Liberty plädiert, plädiert dafür, dass sich der Westen als Zensurgehilfe eines faschistisch gehandhabten Repressionsapparates betätigt. cb

Laszlo Revesz und Christian Brügger

Die sowjetischen Parteikongresse

In Moskau findet der 24. KPdSU-Kongress statt. (Vielleicht ist er bis zum Erscheinungsdatum unserer Zeitung auch schon fertig; das stellt bei Redaktionsschluss noch nicht fest.) Was ist die Bedeutung eines solchen Anlasses? Ein sowjetischer Parteitag hat etwa die Bedeutung, die in westlichen Ländern eine Pressekonferenz der Regierung hat. Das Ereignis ist deshalb wichtig, weil man dort erfährt, was ohnehin beschlossene Sache ist und was die Führung bekanntzugeben gedenkt.

Der Parteikongress ist infolge der konstitutionell verankerten Führungsrolle der Partei (Art.126 der sowjetischen Verfassung) das offiziell wichtigste Ereignis im Leben eines kommunistischen Landes, obwohl dort keine Entscheidungen gefällt, sondern nur verkündigt werden (wobei die wichtigsten Entscheidungen häufig vor diesem Gremium gar nicht einmal zur Sprache kommen).

Vorbereitung: Produktionsverpflichtungen statt Willensbildung

Allerdings sind Parteikongresse gleichzeitig etwas, was von der Bevölkerung durchaus gespürt wird. Schon ein halbes Jahr vorher lebt das Land unter ihren Vorzeichen: Man nimmt individuelle und kollektive Produktionsverpflichtungen an, das heisst, man gibt das Versprechen, mehr und qualitativ besser zu produzieren. Auch das Parteileben wird lebhafter. Jedem Parteitag geht eine Kampagne zur Werbung neuer Mitglieder voraus, und jeder Kommunist wird verpflichtet, sich auf das zentrale Ereignis entsprechend vorzubereiten. Darunter sind nicht nur Produktionsverpflichtungen gemeint, sondern auch das Versprechen ideologischer und politischer Weiterbildung, und zwar im Sinn der jeweils geltenden Führungsdirektiven, denn nichts wäre natürlich unerwünschter als beispielsweise heute eine Weiterbildung im Sinne des 20. oder 22. Kongresses von Chruschtschew, die heute von den offiziellen Medien totgeschwiegen werden.

Während der ebenfalls sechsmonatigen «Parteiwahlkampagne» (die Versammlungen haben dabei den ihnen vorgeschlagenen Delegierten zuzustimmen) wird die Parteipropaganda unter der Bevölkerung intensiviert; in den Agitationsstellen, den Kabinetten für politische Aufklärung und den «Lektoraten» intensiviert man die Aktivität. Agitatoren suchen in dieser relativ hektischen Zeit die Werktätigen in ihren Wohnungen auf, um ihnen die Bedeutung des grossen Anlasses zu erklären, und auch spezielle Be-

triebsversammlungen sind diesem Thema gewidmet.

Eine fast so feierliche, aber zeitlich kürzere Kampagne folgt nach dem Kongress. Die Volksversammlungen erklären auf Versammlungen, dass sie die Kongressbeschlüsse als ihr eigenes Programm betrachten und sich für deren Erfüllung mit allen Kräften einsetzen werden. Diese Beschlüsse werden in Briefen und Telegrammen der unteren Parteiorgane begrüsst, genauso übrigens wie allfälligerweise ihre spätere Zurücknahme durch eine Zentralkomiteesitzung oder auch einen nächsten Kongress.

Welche Entscheidungen stehen eigentlich (auch nur theoretisch) dem Parlament zu?

Im Sinne von Artikel 32 des Parteistatuts hat der Kongress folgende Kompetenzen:

- Annahme oder Abänderung der Rechenschaftsberichte des Zentralkomitees (ZK) und der Zentralen Revisionskommission.
- Annahme oder Abänderung des Parteistatuts oder des Parteiprogramms.
- Feststellung der Generallinie von Innen- und Aussenpolitik; Entscheidung «der wichtigsten Fragen des kommunistischen Aufbaus».
- Wahl des neuen ZK und der neuen Zentralen Revisionskommission.

In der Zeit zwischen zwei Kongressen wird die Partei vom ZK geleitet. Die oben aufgezählten Kompetenzen sind aber dem Parteitag vorbehalten. (Formell! Denn in Wirklichkeit haben die Delegierten bestenfalls das Recht auf Kenntnisnahme.)

Die staatsrechtliche und allgemeingesellschaftliche Problematik des Kongresses zeigt sich bei Punkt c. Er wirft nämlich die grundsätzliche Frage nach den Kompetenzen der obersten Partei- und Staatsorgane auf, beziehungsweise die Frage der Befugnisse verschiedener Gremien. Die in der Sowjetverfassung (Art. 57—60) ver-

ankerte Souveränität des Parlaments (Oberster Sowjet) ist mit dem angeführten Punkt des Parteistatuts unvereinbar, da es der Kongress ist und nicht das Parlament, der alle wichtigen Fragen des kommunistischen Aufbaus «entscheidet». Der Termin «kommunistischer Aufbau» umfasst übrigens praktisch alle wichtigen Fragen von Staats- und Wirtschaftsleben. Beispielsweise verabschiedet nicht der Oberste Sowjet den Fünfjahresplan, sondern der Parteitag, und zwar in sogenannten «Direktiven der Partei». Auf Grund dieser Direktiven muss dann der Oberste Sowjet die einzelnen Jahrespläne annehmen. Hier gibt es nebenbei auch eine organisatorische Schwäche der Parteikompetenzen: Parteikongresse müssen alle vier Jahre einberufen werden, wogegen die «perspektivischen» Wirtschaftspläne jeweils eine Fünfjahresperiode umfassen. In der Folge werden sie fast immer mit Verspätung angenommen, so der jetzige Fünfjahresplan 1971 bis 1975 erst jetzt im April 1971. Freilich spielt diese Ungereimtheit in der Praxis deshalb keine Rolle, weil eine spontane Ablehnung des Fünfjahresplans durch die Kongressdelegierten ohnehin nicht in Frage kommt.

Die Kongresse Nr. 20 und 22: Sehr viel Diskretion

Eine wichtige Aufgabe der Parteitage ist auch die Weiterentwicklung der revolutionären Theorie. Echte Leistungen (der Führung, nicht der Delegierten!) erbrachten in dieser Hinsicht der 20. und der 22. Parteikongress, bei deren Behandlung heute die Diskretion oberstes Gebot ist.

Der 20. KPdSU-Kongress von 1956 (an dem die «Geheimrede» Chruschtschew gegen Stalin eine neue Epoche der Weltgeschichte einleitete) verkündete die These der Vermeidbarkeit von Weltkriegen und die These der friedlichen Koexistenz. Auch bestimmte er die Formen des Uebergangs zum Sozialismus in verschiedenen Staaten, womit die unmittelbar darauf eintretende Tendenz zum «Polyzentrismus» halbwegs gutgeheissen und auf jeden Fall eingeleitet war. Der 22. Parteitag hatte seine unmittelbar politische Bedeutung vor allem wegen des offenkundig werdenden Bruchs mit China (der noch heute zu den Tatsachen dieser Welt gehört) und wegen der zweiten Enstalinisierung samt ihrer relativen Liberalisierung (was heute alles nicht mehr gilt), aber er nahm gleichzeitig eine ganze Anzahl neuer Lehren an: Die Begriffe von Volksstaat und Volkspartei (anstelle der Partei des Proletariates), die Heranbildung der materiellen und technischen Basis des Vollkommunismus (praktisch allerdings bedeutungslos, weil in einem Jenseits der Zukunft liegend), die Formung des neuen Menschen usw.

Ordentliche Parteikongresse hätten zwischen 1917 und 1933 jährlich einberufen werden müssen; 1934 ordnete man die Abhaltung «mindestens einmal innert drei Jahren» an (17. Kongress, und erst der letzte stalinistische Kongress von 1952 mit der Ordnungsnummer 19 bestimmte jene Periodizität von «mindestens vier Jahren», die auch heute noch gilt.

Die statutarischen Fristen wurden in Stalinismus meist nicht eingehalten. Nachdem man zwischen 1917 und 1925 neun Kongresse abgehalten hatte, folgten sie einander später in immer grösseren Zeitabschnitten (1927, 1930, 1934, 1939 und 1952), so dass die Führung von Partei und Staat immer offenkundiger auf das ZK oder noch eher auf

das von ihm gewählte Politbüro und auf das Sekretariat überging. Die neue taktische Linie in den Grundfragen hätte vom Parteikongress wenigstens formell bestimmt werden müssen, aber nicht einmal die Direktiven für die Fünfjahrespläne wurden von ihm verabschiedet. Die Periodizität — nicht aber die volle Autorität — der Parteitage wurde von Chruschtschew hergestellt (1956, 1959, 1961); nach seinem Sturz kam es wieder zu kleineren Verschiebungen (1966, 1971), die aber sicher zu den geringsten Eigenmächtigkeiten der neuen Führung gehören.

Den Kurs bestimmt der ZK-Apparat

Die dominierende Stellung des ZK, beziehungsweise seines Apparates, kommt vor allem darin augenfällig zum Ausdruck, dass die «Wahlgeometrie» nicht durch «Parteigesetz» geregelt ist, sondern durch ZK-Beschluss vorgeschrieben wird. Dieses bestimmt die Vertretungsdichte der Delegierten (Volldelegierte für Mitglieder, Delegierte mit «konsultativem Recht» für Parteikandidaten). Für den jetzigen 24. Kongress besteht eine Quote von 1:2900. Die Delegiertenwahlen erfolgen nicht auf Grund eines zentralen Partei-Wahlgesetzes, sondern ebenfalls auf Grund von ZK-Instruktionen. Die Wahlen sind indirekt und mehrstufig, obwohl die sowjetische Staatslehre auf staatlicher Ebene dieses Verfahren als reaktionär abstempelt. Die Grundorganisationen entsenden Delegierte auf die KP-Betriebs- und Stadtkonferenzen, diese auf die Gebietskonferenzen, diese auf die Parteikongresse der 15 Sowjetrepubliken, und hier werden dann die Delegierten zum Unionskongress bestimmt. Die ganze Prozedur dauert ein halbes Jahr. Die Entwicklung der Parteikongresse vom (formell möglichen) Diskussionsforum zum grossen Heerschau zeigt folgende Uebersicht über die Entwicklung der Delegiertenzahlen.

7. Kongress 1918	104 Delegierte
8. 1919	403
9. 1920	716
10. 1921	990
13. 1924	1164
16. 1930	2159
19. 1952	1359 (sic)
22. 1961	4813
23. 1966	4943

Wie es schon rein technisch mit der «Willensbildung» bei solchen Massenversammlungen aussieht, ist wohl evident.

Eine Aufzählung

Selbstverständlich waren nicht alle Parteitage von gleicher Bedeutung. Die folgende Aufzählung zeigt, in Anlehnung an die offizielle Terminologie, die wichtigsten Beschlüsse der einzelnen Kongresse.

7. Kongress 1918: Beschluss über den Frieden von Brest, Umbenennung der Partei auf «Russische KP/Bolschewiken» (bis dahin: «Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei/Bolschewiken»).

8. Kongress 1919: Annahme eines neuen Programms (anstelle des Programms von 1913): Aufbau des Sozialismus. Wichtiger Beschluss im Parteaufbau: Verankerung der Einheitspartei unter Ablehnung der Ansprüche von nationalen Parteien auf Autonomie.

9. Kongress 1920: Annahme eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, in dessen Zentrum die Elek-

trifizierung des Landes stand: GOELRO (Grosses Programm für zehn bis zwanzig Jahre).

10. Kongress 1921: Fraktions- und Oppositionsverbot; Einführung der Neuen Oekonomischen Politik (NEP), welche eine gewisse Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Kriterien bedeutete.

11. Kongress 1922: Schluss mit der NEP; Uebergang zum Kampf gegen klassenfeindliche Elemente.

12. Kongress 1923: Erster nachleninscher Parteitag. Errichtung eines gemeinsamen Kontrollorgans von Staat und Partei (CKK-RKI); Entlarung georgischer nationalistischer Abweichler.

13. Kongress 1924: Beseitigung von Oppositionellen und Abweichlern als ZK-Auftrag; Errichtung eines Volkskommissariats für Binnenhandel und Liquidierung des Privatmarktes. Vertrauensvotum für Stalin als Generalsekretär. Ausweitung des ZK von 27 Mitgliedern auf 53 Vollmitglieder plus 34 Kandidaten.

14. Kongress 1925: Beschluss über sozialistische Industrialisierung; Umbenennung der Partei auf «Allunions-KP/Bolschewiken».

15. Kongress 1927: Beschluss über Kollektivierung der Landwirtschaft und Liquidierung der grossbäuerlichen Klasse (Kulaken).

16. Kongress 1930: Priorität zur Förderung der Schwerindustrie.

17. Kongress 1934: Anstelle des gemeinsamen Kontrollorgans separate Kontrollkommissionen für Partei und Regierung; Annahme des zweiten Fünfjahresplans (zur Liquidierung der Ueberreste des Kapitalismus).

18. Kongress 1939: Beendigung des sozialistischen Aufbaus und stufenweiser Uebergang zum Kommunismus; Ueberholen der kapitalistischen Länder in zehn bis fünfzehn Jahren; Friedenskampf; Aufnahme und Festigung der Beziehungen zu allen Staaten.

19. Kongress 1952: Umbenennung der Partei auf KPdSU; Umarbeitung des Programms von 1919 und neuer Fünfjahresplan. Unerschütterliche Freundschaft zu China. Zusammenarbeit mit den Friedenskräften in den kapitalistischen Ländern.

20. Kongress 1956 (Erster Kongress unter Chruschtschew mit Geheimrede gegen Stalin): Wiederherstellung der Parteidemokratie; Kampf gegen den Personenkult; friedliche Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern.

21. Kongress 1959: Siebenjahresplan 1959 bis 1965; Auftrag für neue Sowjetverfassung.

22. Kongress 1961: Neues Parteiprogramm bis 1980 und neues Parteistatut. (Wichtig war die Verurteilung Albanis als Indiz für den Bruch mit China und die Entfernung Stalins aus dem Mausoleum.)

23. Kongress 1966: Zurückgreifen auf Benennungen (Politbüro statt Präsidium; Generalsekretär statt Erster Sekretär), die zur Zeit Stalins üblich waren. (Wichtig waren die Anzeichen vom Ende der Liberalisierung.)

*

Der Verlauf des 24. Kongresses von 1971 sollte eigentlich von den Entscheidungen der Delegierten abhängen. Aber die Zeitschrift «Sowjetfrau heute» hat die Ergebnisse des Parteitages («Soeben hat der 24. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit beendet...») veröffentlicht, bevor er überhaupt angefangen hatte. Die Zeitung sollte à jour sein, wenn sie in die Hände der Abonnenten kam. Eine rein technische Frage. ■